



Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze und Cemal Bozoglu vom 17. Juli 2019 betreffend „Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)“

Anlagen

Anlage 1 – Auflistung Gewaltdelikte und Deliktsbereiche Amts- und Mandatsträger 2016 bis 1. Halbjahr 2019

Anlage 2 – Auflistung Städte und Gemeinden 2016 bis 1. Halbjahr 2019

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz wie folgt:

Vorbemerkung zur Datenbasis:

Die nachfolgenden Rechercheergebnisse des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK).

Für das laufende Tatjahr 2019 ist darauf hinzuweisen, dass valide statistische Daten erst nach dem bundesweit einheitlichen Meldeschluss zum 31. Januar 2020 feststehen werden. Die für diesen Tatzeitraum genannten Fallzahlen sind daher als vorläufig zu betrachten.

Unter dem Rechercheparameter "gegen Amts-/Mandatsträger" werden seit 2017 Polizeibeamte nicht mehr subsumiert.

Eine automatisierte Auswertung in Bezug auf Amts- und Mandatsträger, welche ein bayerisches Amt oder Mandat bekleiden, ist im KPMD-PMK nicht möglich. Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich aus diesem Grund auf alle Amts- und Mandatsträger, für welche mit Tatort Bayern entsprechende Sachverhalte im bundesweit einheitlichen KPMD gespeichert werden.

Eine weiterführende entsprechende Beauftragung zur notwendigen retrograden Erhebung und Zusammenführung der weiteren Daten würde zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen – u. a. auch bei den betroffenen polizeilichen Basisdienststellen und Verbänden.

zu 1.1:

*Wie viele Straftaten von PMK gegen bayerische Amts- bzw. Mandatsträger*innen im Zeitraum 2016-2019 sind der Staatsregierung bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 aufschlüsseln)?*

	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019
PMK insgesamt	227 (noch mit Polizei- beamten)	165	173	76

zu 1.2:

*Wie subsumieren sich die im Zeitraum 2016-2019 auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen begangenen Straftaten im Sinne der PMK den diesem Straftatbestand untergliederten staatschutzrelevanten Phänomenbereichen PMK -links- PMK -rechts-, PMK -ausländ. Ideologien-, PMK -religiöse Ideologien-, bzw. PMK - nicht zuzuordnen- (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach Straftatbeständen aufschlüsseln)?*

zu 1.3:

Wie viele davon waren Gewaltdelikte (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 aufschlüsseln und unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)?

Aufgrund Sachzusammenhangs werden die Fragen 1.2 und 1.3 gemeinsam anhand unten angefügter Tabelle beantwortet. Die PMK-Gewaltdelikte sind in der Tabelle in Klammern eingefügt.

	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019
PMK insgesamt (davon PMK-Gewalt)	227 (10)	165 (3)	173 (9)	76 (4)
PMK-links (davon PMK-Gewalt)	14 (0)	14 (0)	29 (1)	6 (0)
PMK-rechts (davon PMK-Gewalt)	114 (5)	80 (1)	50 (0)	13 (0)
PMK-ausländische Ideologie (bis 31.12.2016 – "Aus- länder") (davon PMK-Gewalt)	9 (0)	2 (0)	0 (0)	0 (0)
PMK-religiöse Ideolo- gie (davon PMK-Gewalt)	* (0)	* (0)	2 (0)	1 (0)
PMK-nicht zuzuord- nen (davon PMK-Gewalt)	90 (5)	69 (2)	92 (8)	56 (4)

Die anonymisierten Sachverhalte zu den in Klammern aufgelisteten Gewaltdelikten-PMK sowie die Aufschlüsselung der Deliktsbereiche sind der Anlage 1 zu entnehmen.

zu 2.1:

Wie gliedern sich die im Zeitraum 2016-2019 auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen begangenen Körperverletzungen bzw. Tötungsdelikte auf die Phänomenbereiche der PMK auf (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 aufschlüsseln)?

Die Aufgliederung kann der Anlage 1 entnommen werden.

zu 2.2:

Wie viele Fälle schwerwiegender PMK (Katalogtaten des § 129a StGB) sind der Staatsregierung in Hinsicht auf bayer. Amts- und Mandatsträger*innen im Zeitraum 2016-2019 bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 aufschlüsseln)?

Straftaten gemäß § 129a StGB wurden für die angefragten Zeiträume in der Fallzahlendatenbank nicht erfasst.

Es darf darauf hingewiesen werden, dass es sich bei Katalogtaten des § 129a StGB im Wesentlichen um jene Tatbestände handelt, die laut bundesweit einheitlichem Definitionssystem PMK im Katalog "Politisch Motivierte Gewaltdelikte" enthalten sind und somit in der Anlage 1 aufgeführt sind. Straftaten nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen oder Straftaten nach dem Waffengesetz sind im Berichtszeitraum nicht erfasst worden.

Daneben wurden folgende Delikte erfasst:

	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019
§ 303b StGB Computersabotage	0	1	0	0
§ 305a StGB Zerstörung von Arbeitsmitteln	0	3	0	0

Auf die Ausführungen in Absatz 2 der Vorbemerkungen wird ergänzend hingewiesen.

zu 2.3:

Inwiefern hat die Neudefinierung (01.01.2017) der Phänomenbereiche „PMK - ausländische Ideologien-“ und „PMK -religiöse Ideologien-“ zu einer präziseren bzw. besser koordinierten Ermittlungsarbeit in Verdachtsfällen von PMK bei den zuständigen Behörden in Bayern geführt?

Der KPMD-PMK stellt eine Eingangsstatistik dar, welche zur Erstellung von aktuellen Lagedarstellungen und Fallzahlenübersichten dient.

Aufgabe des KPMD-PMK ist zudem, die einheitliche und systematische Erhebung der gesamten Daten zur Politisch Motivierten Kriminalität im Bundesgebiet zu gewährleisten und eine verlässliche Datenbasis für Auswertungen, statistische Aussagen, Führungsentscheidungen, kriminalpolitische Entscheidungen oder die kriminologische Forschung zum Zwecke der Prävention und Repression zu schaffen. Durch eine mehrdimensionale Erfassung wird eine differenzierte Betrachtung der Politisch Motivierten Kriminalität ermöglicht.

Mit Einführung der Phänomenbereiche "PMK – ausländische Ideologie" und "PMK – religiöse Ideologie" ist insofern eine differenziertere Erfassung der Delikte der Politisch Motivierten Kriminalität möglich und damit auch eine differenziertere Darstellung der Kriminalitätsslage.

zu 3.1:

*In wie vielen Fällen der im Zeitraum 2016-2019 auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen begangenen Straftaten im Sinne der PMK konnten der bzw. die Täter ermittelt werden?*

Bei den unten angefügten Zahlen handelt es sich um die Anzahl polizeilicher Ermittlungsverfahren, in welchen Tatverdächtige bzw. Beschuldigte ermittelt werden konnten.

	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019
PMK insgesamt	227	165	173	76
davon Tatverdächtigenermittlungen	100	68	84	49

zu 3.2:

*Wie viele der Täter*innen von im Zeitraum 2016-2019 in Bayern begangener Straftaten im Sinne der PMK auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen gehörten politischen Gruppierungen – z. B. Parteien, Jugendorganisationen von Parteien etc. – oder politisch wirkenden Gruppierungen – z.B. NGOs etc. – an (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach Partei bzw. Gruppierung aufschlüsseln)?*

zu 3.3:

*Wie viele dieser Täter*innen von im Zeitraum 2016-2019 in Bayern begangener Straftaten im Sinne der PMK auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen gehörten Organisationen an, die vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und Organisation aufschlüsseln)?*

Aufgrund Sachzusammenhangs werden die Fragen 3.2 und 3.3 gemeinsam beantwortet.

Die Partei-, Organisations- oder Gruppenzugehörigkeit von Tatverdächtigen wird im Zusammenhang des KPMD-PMK nicht erhoben und kann in der Folge nicht beauskunftet werden. Eine detailliertere automatisierte Auswertung ist im KPMD-PMK (Frageparameter der Frage 3.3) folglich nicht möglich.

zu 4.1:

*Wie viele der aufgeklärten Fälle von PMK auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen wurden in den Jahren 2016-2019 durch Wiederholungstäter*innen begangen (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 aufschlüsseln)?*

Entsprechende Informationen werden im Zusammenhang mit dem KPMD-PMK nicht erhoben und können in der Folge nicht beauskunftet werden. Eine darüber hinausgehende automatisierte Auswertung ist im KPMD-PMK (Frageparameter der Frage 4.1) folglich nicht möglich.

zu 4.2:

*Inwiefern erhalten bayerische Polizeibeamt*innen verpflichtende bzw. freiwillige Schulungen für den Umgang mit Fällen von PMK?*

Der Umgang mit Fällen der Politisch Motivierten Kriminalität ist fächerübergreifend, unter anderem in den Themenfeldern Fachwissen Staatsschutz und Interkulturelle Kompetenz, selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung in der 2. Qualifikationsebene bzw. Bestandteil der Studienpläne in der 3. und 4. Qualifikationsebene.

Darüber hinaus ist die Thematik Politisch Motivierte Kriminalität mit unterschiedlicher Anzahl von Unterrichtseinheiten in 17 Fortbildungsseminaren enthalten, unter anderem dem 30-tägigen Kriminal-Basis-Seminar, dem zehntägigen Staatsschutz-Grundseminar und dem fünftägigen Modul Polizeiliche Kompetenzen. Zum Teil sind die Seminare obligatorisch vor der Wahrnehmung neuer Aufgaben zu belegen. Auch in den Sonderlaufbahnen Wirtschafts- und Internetkriminaldienst wird der Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität behandelt. Für die Führungskräfte der Bayerischen Polizei werden u. a. Seminare für die Bewältigung von Ad-hoc-Lagen sowie polizeiliche Kompetenzen zur Führungsbewährung angeboten. Fortbildungsangebote für die polizeiliche Praxis z. B. für den Bereich Kontrolle/Fahndung, Cybercrime und Prävention stehen für die jeweilige Zielgruppe ebenfalls zur Verfügung.

zu 4.3:

*Inwiefern erhalten bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen bzw. persönliche Mitarbeiter*innen Sensibilisierungsmaßnahmen zum Schutz vor bzw. für den geschulten Umgang mit PMK?*

zu 5.1:

*Was gedenkt die Staatsregierung Zusätzliches zu tun, um bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen vor Gewalt besser zu schützen?*

Die Fragen 4.3 sowie 5.1 werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Dem Schutz von bayerischen Amts- und Mandatsträgern sowie deren persönlicher Mitarbeiterschaft vor Gewalt misst die Bayerische Polizei einen hohen Stellenwert zu. Deswegen sind sowohl die Bayerische Polizei als auch die Behörden selbst bereits umfänglich in diesem Bereich tätig.

- Präventionsmaßnahmen der Polizei

In allen Polizeipräsidien sind die „Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsoffer“ (BPfK) als Ansprechpartner für (potenzielle) Gewaltopfer tätig.

Auch steht die Bayerische Polizei den betroffenen Personen mit dem Angebot einer Beratung hinsichtlich der technischen Prävention (z. B. Videoüberwachung) wie auch der verhaltensorientierten Prävention zur Verfügung.

Die Bayerische Polizei beteiligt sich zudem an der Erarbeitung der Medien- und Maßnahmenkonzepte des Programms Polizeilicher Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK). Im Rahmen dieses Programms werden bundesweit einheitliche Kampagnen erarbeitet, die innerhalb der Länder umgesetzt werden. Durch ein umfassendes Medienangebot und die Vielzahl entsprechender Kampagnen leistet das ProPK einen wichtigen und wertvollen Beitrag in der polizeilichen Kriminalprävention.

Zudem veröffentlicht auch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration auf seiner Internetseite Tipps zur Prävention und Sicherheit (<https://www.innenministerium.bayern.de/sus/polizei/praeventionundsicherheitstipps/index.php>).

- Maßnahmen der Bayerischen Polizei bei Gefahrenlagen

Bedarfs- und lageorientiert erfolgen bei Bekanntwerden entsprechender Gefahrenlagen entsprechende polizeiliche Maßnahmen. Diese umfassen beispielweise Gefährdungsbewertungen, Informationen über Gefährdungsaspekte sowie verhaltensorientierte und ggf. kriminaltechnische Beratungen, auf Veranstaltungen bezogene Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum bis hin zu konkreten Maßnahmen des Objekt- und (unmittelbaren) Personenschutzes im Einzelfall. Im Gesamtkontext wird bei entsprechenden Gefährdungslagen auch besonderer Wert auf die Ermittlung des Gefahrenverursachers bzw. bei strafbaren Handlungen des Täters gelegt, um durch präventive und insbesondere durch strafverfolgende Maßnahmen auch generalpräventive Wirkungen zu erzielen. Dadurch können partiell auch andere Personen von Nachahmungstaten abgehalten werden.

Die Bayerische Polizei ist aktuell in diesem Bereich besonders sensibilisiert und wird bei entsprechenden Gefahrenlagen niederschwellig, zeitnah und konsequent handeln, um Gefährdungen von Amts- bzw. Mandatsträgern umgehend entgegenzuwirken.

- Richtlinie zum vorbeugenden Behördenselbstschutz

Neben nicht auszuschließenden Unglücks- und Katastrophenfällen erfordern neue Gefährdungslagen eine große Bandbreite an vorbeugenden Maßnahmen und Verhaltensempfehlungen, um Schäden an staatlichen Dienstgebäuden und Einrichtungen sowie die Gefährdung von Leib und Leben der sich darin aufhaltenden Personen vermeiden oder zumindest verringern zu können. Diese Maßnahmen müssen durch einen organisierten Selbstschutz der staatlichen Behörden und Stellen systematisch geplant und umgesetzt werden.

Gefährdungen, denen durch Maßnahmen des Behördenselbstschutzes zu begegnen ist, sind auch unvorhersehbare, nicht angekündigte Angriffe terroristischer Gruppen oder von Einzelpersonen (z. B. Amokläufer, Selbstmordattentäter), die sich gegen Personen oder Sachen richten und mit den Mitteln eines

- Waffengebrauchs (Schuss- oder sonstige Waffen),
- Brandanschlags,
- Sprengstoffanschlags oder
- Anschlags mit Freisetzung chemischer, biologischer und radioaktiver Stoffe

ausgeführt werden.

- Bayerische Justiz

In der bayerischen Justiz werden verschiedene Maßnahmen im Sinne der Fragestellung ergriffen. Für die verschiedenen Zielgruppen (z. B. Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger sowie Justizwachtmeister) werden aufgabenspezifisch Schulungsmaßnahmen für die Bereiche "Gefahrerkennung, Konfliktbewältigung und Deeskalation" angeboten. Daneben finden für alle Qualifikationsebenen spezifische Fortbildungsmaßnahmen (z. B. für die vierte Qualifikations-

ebene: "Störungen in der Gerichtsverhandlung"; für die Justizwachtmeister: "Fach- und Sicherheitstagungen", bei denen Themen behandelt werden wie: "Sicherheit im Justizgebäude", "Störungen von Verhandlungen", "Konflikt und Deeskalation" sowie "Selbstverteidigung") sowie Symposien und Fortbildungsveranstaltungen für alle Justizbedienstete u. a. für den Bereich "Umgang mit sog. Reichsbürgern und ähnlichen schwierigen Verfahrensbeteiligten" statt.

- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) führt keine eigenständigen Sensibilisierungsmaßnahmen im Sinne der Anfrage durch. Sofern jedoch im Rahmen von Kontaktaufnahmen bzw. Veranstaltungen, darunter sind insbesondere auch Vorträge der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) zu sehen, Anfragen nach derartigen Sensibilisierungsmaßnahmen gestellt werden, wird auf das Beratungsangebot der Polizei verwiesen und dieses im Bedarfsfall vermittelt.

zu 5.2:

Wie schätzt die Staatsregierung die Relevanz des 2012 gegründeten Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums (GETZ) bei der Prävention und Bekämpfung der PMK in Bayern ein?

Das gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) ist die zentrale Plattform für den Austausch von Informationen im Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit überregionaler Bedeutung. Dieses „Infoboard“ stellt ein gemeinsames Kommunikationsforum dar, in dem alle betroffenen Behörden Informationen zielgerichtet austauschen und das weitere Vorgehen gemeinsam besprechen. Primäres Ziel ist es, durch die Zusammensetzung und Struktur einen möglichst lückenlosen sowie schnellen Informationsfluss sicherzustellen.

Im GETZ sind folgende Behörden vertreten:

- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)
- Bundesnachrichtendienst (BND)
- Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD)
- Landesämter für Verfassungsschutz (LfVs)

- Bundeskriminalamt (BKA)
- Bundespolizei (BPOL)
- Europäisches Polizeiamt (Europol)
- Generalbundesanwalt (GBA)
- Generalzolldirektion (GZD)
- Landeskriminalämter (LKÄ)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Das GETZ zeichnet sich durch besondere Schnelligkeit und aufgrund eines zusammengefassten Informationsaustauschs aller beteiligten Behörden durch Vollständigkeit der Erkenntnislage aus.

Der Mehrwert des GETZ besteht insbesondere hinsichtlich

- der verbesserten behördenübergreifenden Zusammenarbeit,
- kürzeren Kommunikationswegen,
- persönlicher Kontakte,
- zeitnaher Verdichtung und Bewertung von Informationen,
- gestärkter Analysefähigkeit sowie
- erleichterter Abstimmung operativer Maßnahmen.

Die Bayerische Polizei ist mit einem ständigen Landesvertreter der Polizei präsent. Das BayLfV bringt sich durch einen fest etablierten Verbindungsbeamten in die Arbeit des GETZ ein. Ergänzend werden alle polizeilichen Staatsschutzdienststellen in Bayern (unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange) grundsätzlich in den Informationsfluss des GETZ eingebunden.

Insgesamt kann dem GETZ mittlerweile eine unverzichtbare Rolle in der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung insbesondere auch bei den hier in Rede stehenden Phänomen- und Deliktsbereichen zugesprochen werden.

zu 5.3:

Welche anderen Koordinationsplattformen für den Informationsaustausch zwischen LKA und Ermittlungsbehörden anderer Bundesländer bzw. zwischen LKA und Bundesebene, bzw. zwischen LKA und europäischer Ebene stehen dem LKA bei der Bekämpfung von PMK zu Verfügung?

Neben dem GETZ steht den bundes- und europaweit zuständigen Ermittlungsbehörden eine Vielzahl an Kommunikations- und Austauschplattformen sowie Meldewegen zur Verfügung. Der Bedarf am Austausch mit ausländischen Behörden (z. B. „Europol“) wird grundsätzlich über das BKA abgewickelt. Neben den Gremienstrukturen des Bundes und der Länder sollen beispielhaft die beiden unten angefügten Informations- und Austauschstrukturen genannt werden:

Zwischen dem BLKA und den Ermittlungsbehörden anderer Länder und auf Bundesebene findet regelmäßig ein Austausch über die Kommission Staatsschutz (KST) statt. Teilnehmer dieser KST sind die Leiter der Staatsschutzabteilungen aller Landeskriminalämter (LKÄ) und des Bundeskriminalamtes, Vertreter der Bundespolizei, des Generalbundesanwaltes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Deutschen Hochschule der Polizei. Die genannte KST ist eine Kommission der AG Kripo (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt).

Weiter finden regelmäßig Besprechungen der „Sikoop PMK“ (Sicherheitskooperation Politisch Motivierte Kriminalität) statt. Hier tauschen sich benachbarte Bundesländer zur Staatsschutzthematik aus. Im Falle Bayerns sind die weiteren Teilnehmer u. a. Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Ebenso wird der Rechtshilfeverkehr in strafrechtlichen Angelegenheiten mit dem Ausland sowohl auf polizeilicher, als auch auf justizieller Ebene konsequent in Anspruch genommen.

zu 6.1:

Wie verteilen sich die seit 2016 auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen begangenen Straftaten im Sinne der PMK auf die bayerischen Regierungsbezirke (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und Bezirk aufschlüsseln)?

	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019
Insgesamt	227	165	173	76
Oberbayern	89	69	45	22
Niederbayern	26	27	17	5
Oberpfalz	13	6	24	7

Oberfranken	11	7	5	5
Mittelfranken	37	13	25	31
Unterfranken	24	21	22	5
Schwaben	27	22	35	1

zu 6.2:

Wie verteilen sich die seit 2016 auf bayer. Amts- bzw. Mandatsträger*innen begangenen Straftaten auf die bayerischen Städte und Gemeinden (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und Stadt bzw. Gemeinde aufschlüsseln)?

Die Verteilung der PMK-Straftaten auf die Städte und Gemeinden 2016 bis 1. Halbjahr 2019 sind der Anlage 2 zu entnehmen.

zu 7.1:

Wie viele der Straftaten gegen bayer. Amts- und Mandatsträger*innen wurden im Zeitraum 2016-2019 mit dem Tatmittel „Internet“ begangen (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 aufschlüsseln)?

	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019
PMK insgesamt	227	165	173	76
davon mit Tatmittel Internet	85	52	55	9

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Eck
Staatssekretär

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Tatjahr	Paragraph	Gesetz	Norm	Versuch	Deliktsbereich	Phänomenbereich	Sachverhalt
2016	224	StGB	Gefährliche Körperverletzung	ja	Körperverletzung	Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/nicht zuzuordnen-	Unbekannter Täter versuchte das Opfer mittels Werfen eines entzündeten Chinaböllers zu verletzen.
2016	253	StGB	Erpressung	nein	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/nicht zuzuordnen-	Der dem Spektrum der Reichsbürger zuzuordnende Täter bezweifelte mit einem Schreiben die Legitimation des Opfers und verhinderte die Durchführung der Amtshandlung.
2016	125	StGB	Landfriedensbruch	nein	Landfriedensbruch	Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/nicht zuzuordnen-	Mehrere Täter verabredeten sich als scheinbare Zuschauer einer Gerichtsverhandlung und störten diese in massiver Weise.
2016	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität - rechts-	Der Täter aus dem Reichsbürgerspektrum versucht das Amtsgericht auf Schadensersatz zu verklagen, um Zwangsmaßnahmen gegen ihn abzuwenden.
2016	253	StGB	Erpressung	nein	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität - rechts-	Der Täter aus dem Reichsbürgerspektrum versuchte die Gerichtsvollzieherin auf Schadensersatz zu erpressen, um Zwangsmaßnahmen gegen ihn abzuwenden.
2016	223	StGB	Körperverletzung	nein	Körperverletzung	Politisch motivierte Kriminalität - rechts-	Der Täter aus dem rechten Spektrum verletzte die Opfer körperlich.
2016	113	StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	nein	Widerstandsdelikte	Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/nicht zuzuordnen-	Der Täter aus dem Bereich der Reichsbürgerbewegung leistete Polizeibeamten Widerstand.
2016	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität - rechts-	Der Täter aus dem Spektrum der Reichsbürgerbewegung versuchte eine Richterin auf Schadensersatz zu verklagen, um Zwangsmaßnahmen gegen ihn abzuwenden.
2016	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/nicht zuzuordnen-	Die Täterin aus dem Reichsbürgerspektrum versuchte die Gerichtsvollzieherin zu Schadensersatz zu erpressen.
2016	211	StGB	Mord	nein	Tötungsdelikte	Politisch motivierte Kriminalität - rechts-	Im Rahmen einer Durchsuchungsaktion schießt der Täter aus dem Reichsbürgerspektrum auf einen Polizeibeamten und verletzt diesen tödlich.
2017	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität - rechts-	Versuchte Erpressung einer Richterin am LG Limburg durch einen Reichsbürger.

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

2017	315b	StGB	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	nein	Gefährliche Eingriffe in den Bahn- Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Unbekannter Täter lockerte sämtliche Radmuttern am PKW des Opfers.
2017	253	StGB	Erpressung	nein	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter aus dem Reichsbürgerspektrum versuchte die StA Memmingen zu erpressen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Erpressungsversuch in Art der Reichsbürgerbewegung an Direktor des AG Bad Kissingen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter erpresste in reichsbürgertypischer Art das Opfer (Staatsanwalt) und forderte Schadensersatzzahlungen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter aus der Reichsbürger-Szene versuchte das Opfer zu erpressen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Die Täterin versuchte das Opfer (Landrat) mit einem reichsbürgertypischen Schreiben zu erpressen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter aus dem Reichsbürgerspektrum versuchte den Gerichtsvollzieher zu erpressen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter aus dem Reichsbürgerspektrum versuchte den Gerichtsvollzieher zu erpressen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter aus dem Reichsbürgermilieu versuchte die Leiterin der JVA zu erpressen.
2018	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter versuchte das Opfer (Beamtin der Stadtkämmerei) mit einem reichsbürgertypischen Schreiben zu erpressen.
2018	125a	StGB	Bes. schw. Fall d. Landfriedensbruchs	nein	Landfriedensbruch	Politisch motivierte Kriminalität -links-	Bürgermeister wird bei einer Veranstaltung mit Böllern beworfen.
2019	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Die beiden Täter aus der Reichsbürgerszene versuchen eine Richterin zu erpressen.
2019	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter aus der Reichsbürgerszene versucht einen Gerichtsvollzieher zu erpressen.
2019	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Die Täterin versuchte das Opfer (Obergerichtsvollzieher) mit einem reichsbürgertypischen Schreiben zu erpressen.
2019	253	StGB	Erpressung	ja	Erpressung	Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	Der Täter versuchte das Op+A1:H27fer (Geschäftsführer des Finanzamts) mit einem reichsbürgertypischen Schreiben zu erpressen.

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Anlage 1 - Auflistung Gewaltdelikte_Deliktbereiche ggü. Bayer. Amts- und Mandatsträgern 2016 bis 1. Halbjahr 2019 (zu Teilfrage 1.2)					
	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019	
PMK insgesamt	227	165	173	76	
	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019	
PMK –links-	14	14	29	6	
Landfriedensbruch	0	0	1	0	
Nötigung/Bedrohung	1	2	1	0	
Propagandadelikte	1	1	0	0	
Sachbeschädigungen	8	8	12	4	
Sonstige Straftaten (z.B. Beleidigung, Üble Nachrede)	4	3	15	2	
	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019	
PMK –rechts-	114	80	50	13	
Tötungsdelikte	1	0	0	0	
Erpressung	3	1	0	0	
Körperverletzung	1	0	0	0	
Nötigung/Bedrohung	9	7	3	2	
Propagandadelikte	7	17	4	3	
Sachbeschädigungen	11	10	7	1	
Volksverhetzung	34	11	20	2	
Sonstige Straftaten (z.B. Beleidigung, Üble Nachrede)	48	34	16	5	
	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019	
PMK –ausländische Ideologie-	9	2	0	0	
*bis 31.12.2016 "Politisch motivierte Ausländerkriminalität"					
Nötigung/Bedrohung	1	1	0	0	
Sachbeschädigungen	1	0	0	0	
Sonstige Straftaten (z.B. Beleidigung, Üble Nachrede)	7	1	0	0	
	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019	
PMK –religiöse Ideologie-	*	0	2	1	
*erst ab 01.01.2017					
Volksverhetzung		0	1	0	
Sonstige Straftaten (z.B. Beleidigung, Üble Nachrede)		0	1	1	
	2016	2017	2018	1. Halbjahr 2019	
PMK –nicht zuzuordnen-	90	69	92	56	
(bis 31.12.2016 "sonstige/nicht zuzuordnen")					
Erpressung	2	1	8	4	
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft und Straßenverkehr	0	1	0	0	
Körperverletzung	1	0	0	0	
Landfriedensbruch	1	0	0	0	
Widerstandsdelikte	1	0	0	0	
Nötigung/Bedrohung	16	15	12	24	
Propagandadelikte	3	4	0	0	
Sachbeschädigungen	24	10	20	3	
Volksverhetzung	3	0	2	0	

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
"Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Sonstige Straftaten (z.B. Beleidigung, Üble Nachrede)	39	38	50	25		
---	----	----	----	----	--	--

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Anlage 2 - Auflistung Städte und Gemeinden 2016 bis 1. Halbjahr 2019 (zu Teilfrage 6.2); Auswertejahr: 1. Halbjahr 2019					
Amberg	1				
Ansbach	2				
Augsburg	1				
Baiersdorf	1				
Bamberg	1				
Dachau	1				
Deggendorf	1				
Emskirchen	1				
Ergersheim	12				
Erlangen	1				
Forchheim	1				
Fürth	3				
Hummeltal	1				
Ingolstadt	1				
Karlstadt	1				
Kirchheim	1				
Landsberg	1				
Leinburg	1				
Litzendorf	1				
Lohr a. Main	1				
Mainaschaff	1				
Mainleus	2				
Michelsneukirchen	1				
München	13				
Neumarkt i.d. Opf.	1				
Nürnberg	3				
Oberviechtach	1				
Pappenheim	1				
Passau	2				
Regensburg	2				
Roth	1				
Rothenburg ob der Tauber	1				
Salching	1				
Schrobenhausen	1				
Straubing	1				
Uffenheim	3				
Viechtach	1				
Waldbrunn	1				
Walting	1				
Weisendorf	1				
Wellheim	1				
Würzburg	1				
Zeitlarn	1				
Summe	76				

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Anlage 2 - Auflistung Städte und Gemeinden 2016 bis 1. Halbjahr 2019 (zu Teilfrage 6.2); Auswertejahr: 2018					
Amberg	3				
Ansbach	3				
Arnstorf	1				
Aufhausen	1				
Augsburg	8				
Bad Bocklet	2				
Bad Feilnbach	1				
Bad Kissingen	2				
Bad Neustadt a.d. Saale	1				
Bad Windsheim	1				
Bodenmais	1				
Breitengüßbach	1				
Burglengenfeld	2				
Deggendorf	2				
Dietfurt a.d. Altmühl	1				
Dietmannsried	1				
Dingolfing	1				
Donauwörth	1				
Eggenfelden	1				
Eging a. See	1				
Ellzee	1				
Emskirchen	1				
Erlangen	1				
Forchheim	1				
Freising	1				
Freyung	1				
Friedberg	1				
Fürth	1				
Gerolzhofen	1				
Gersthofen	1				
Grablingen	1				
Greding	1				
Günzburg	1				
Haar	3				
Haßfurt	1				
Herzogenaurach	1				
Heßdorf	1				
Höchstädt a.d. Donau	1				
Holzkirchen	1				
Ingolstadt	2				
Kaufbeuren	5				
Kempten (Allgäu)	3				
Kist	2				
Königsbrunn	2				

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Konzell	1			
Landsberg	1			
Lauf a.d. Pegnitz	1			
Laufen	2			
Lisberg	1			
Marktheidenfeld	1			
Maxhütte-Haidhof	2			
Memmingen	1			
Miltenberg	1			
Mindelheim	2			
Moorenweis	1			
Mühldorf a. Inn	1			
München	25			
Neusäß	1			
Neu-Ulm	1			
Nürnberg	10			
Oberthulba	1			
Oberviechtach	1			
Offenberg	1			
Olching	1			
Passau	2			
Peiting	1			
Pentling	1			
Pfarrkirchen	1			
Pilsach	1			
Pittenhart	1			
Pressath	1			
Regen	1			
Regensburg	6			
Rödelsee	2			
Rosenheim	1			
Rothenburg ob der Tauber	1			
Sand a. Main	1			
Schnaittenbach	1			
Schongau	1			
Schrobenhausen	1			
Schwabach	1			
Schwabmünchen	2			
Stadtbergen	1			
Straubing	1			
Sulzbach-Rosenberg	3			
Tann	1			
Viechtach	1			
Weiden	1			
Weißenburg i. Bay.	1			
Weitramsdorf	1			
Wellheim	1			

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
"Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Wildpoldsried	1				
Wilhermsdorf, Markt	1				
Würzburg	7				
Zapfendorf	1				
Summe	173				

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Anlage 2 - Auflistung Städte und Gemeinden 2016 bis 1. Halbjahr 2019 (zu Teilfrage 6.2); Auswertejahr: 2017					
Adlkofen	1				
Aschaffenburg	1				
Augsburg	3				
Bad Aibling	3				
Bad Brückenau	1				
Bad Kissingen	1				
Bad Neustadt a.d. Saale	1				
Bad Reichenhall	1				
Bad Wörishofen	1				
Bayreuth	5				
Bernried	1				
Cham	1				
Colmberg	1				
Deggendorf	3				
Dollnstein	1				
Eggenfelden	1				
Erding	1				
Erlangen	2				
Forstinning	1				
Frasdorf	2				
Fuchstal	1				
Garmisch-Partenkirchen	1				
Geiersthal	1				
Glattbach	1				
Großostheim	2				
Günzburg	1				
Hindelang	1				
Hof	1				
Hohenfurch	1				
Hohenwart	1				
Illertissen	1				
Ingolstadt	2				
Ismaning	1				
Karlstadt	1				
Kaufbeuren	4				
Kempten (Allgäu)	4				
Kitzingen	1				
Knetzgau	1				
Kraiburg a. Inn	1				
Landshut	1				
Lindberg	2				
Mammendorf	1				
Memmingen	2				
München	36				

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Neumarkt i.d. Opf.	1			
Neusäß	1			
Neustadt a.d. Donau	2			
Niederwinkling	1			
Nürnberg	9			
Ostheim v.d. Rhön	1			
Passau	6			
Peißenberg	1			
Pentling	1			
Pfarrweisach	1			
Pullach i. Isartal	1			
Randersacker	1			
Regensburg	2			
Rosenheim	6			
Rott a. Inn	1			
Ruderting	1			
Ruhmannsfelden	1			
Schönau a. Königssee	1			
Schrobenhausen	1			
Schwandorf	1			
Schweinfurt	2			
Seeon-Seebruck	1			
Solnhofen	1			
Sonthofen	1			
Steingaden	1			
Tiefenbach	1			
Traunstein	1			
Uettingen	2			
Ursberg	1			
Viereth-Trunstadt	1			
Vilshofen	1			
Volkach	1			
Waldbüttelbrunn	1			
Weilheim	1			
Westerheim	1			
Würzburg	2			
Zorneding	1			
Zwiesel	4			
Summe	165			

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Anlage 2 - Auflistung Städte und Gemeinden 2016 bis 1. Halbjahr 2019 (zu Teilfrage 6.2); Auswertejahr: 2016				
Aichach	1			
Aidenbach	1			
Altdorf	1			
Altötting	2			
Aschaffenburg	1			
Aschheim	1			
Attenkirchen	1			
Augsburg	3			
Bad Birnbach	1			
Bad Reichenhall	1			
Bad Tölz	1			
Bad Wörishofen	1			
Bamberg	2			
Bayreuth	1			
Brunnthal	1			
Burglengenfeld	2			
Cham	1			
Chieming	1			
Coburg	1			
Colmberg	1			
Deggendorf	2			
Dietenhofen	1			
Ebersberg	1			
Eggenfelden	1			
Eichstätt	1			
Eltmann	1			
Erding	1			
Ergolsbach	2			
Erlangen	3			
Flintsbach a. Inn	1			
Freilassing	1			
Freising	8			
Friedberg	1			
Fürstenzell	1			
Fürth	3			
Georgensgmünd	1			
Germering	1			
Grafing	1			
Grünwald	1			
Günzburg	2			
Haßfurt	1			
Hirschaid	1			
Illertissen	1			
Immenstadt i. Allgäu	1			
Ingolstadt	1			

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Jettingen-Scheppach	1			
Kammeltal	1			
Kaufbeuren	7			
Kelheim	1			
Kempten (Allgäu)	5			
Kirchheim i. Schw.	1			
Knetzgau	6			
Kreuth	1			
Kronach	1			
Landsberg	3			
Landshut	1			
Lauf a.d. Pegnitz	1			
Lindberg	1			
Luhe-Wildenau	1			
Mainleus	1			
Maisach	1			
Markt Indersdorf	1			
Marktoberdorf	1			
Miltenberg	1			
Mühdorf a. Inn	1			
München	33			
Neubiberg	1			
Neufahrn i. NB	1			
Niederwinkling	2			
Nürnberg	16			
Ochsenfurt	2			
Olching	2			
Osterhofen	1			
Ottobrunn	2			
Pfaffenhofen	1			
Poppenricht	1			
Rednitzhembach	1			
Regensburg	5			
Regenstauf	1			
Ried	1			
Rosenheim	2			
Rothenburg ob der Tauber	1			
Rottach-Egern	1			
Rottenburg a.d. Laaber	1			
Ruhpolding	1			
Runding	1			
Sachsen b. Ansbach	1			
Samerberg	2			
Schauenstein	1			
Schwandorf	1			
Seeg	1			
Sonnen	1			
Staffelstein	1			

Schriftliche Anfrage von den MdL Katharina Schulze
 und Cemal Bozoglu vom 17.07.2019 betreffend
 "Angriffe auf bayerische Amts- und Mandatsträger*innen
 im Rahmen von politisch motivierter Kriminalität (PMK)"

Straubing	5				
Traunstein	2				
Tuntenhausen	1				
Unterföhring	1				
Unterschleißheim	1				
Vilsbiburg	2				
Vilshofen	1				
Vohburg	1				
Waging a. See	1				
Warmensteinach	1				
Wartenberg	1				
Weihenzell	3				
Weilheim	1				
Weisendorf	1				
Weißenburg i. Bay.	1				
Weyarn	2				
Würzburg	12				
Zirndorf	3				
Zorneding	1				
Summe	227				